Gemeinsames Kommuniqué
über den offiziellen Freundschaftsbesuch
einer Partei- und Regierungsdelegation
der Volksrepublik Polen
in der Deutschen Demokratischen Republik

Auf Einladung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weilte vom 18. bis 20. Juni 1973 eine Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen unter Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, und des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Piotr Jaroszewicz, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik stand unter Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Honecker.

Während des Besuches führten die führenden Repräsentanten beider Staaten einen umfassenden, fruchtbaren Meinungsaustausch über den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen, über die weitere allseitige Entwicklung und Vertiefung der Beziehungen sowie über wichtige Probleme der internationalen Politik und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Die Gespräche bewiesen die völlige Einheit der Ansichten in allen behandelten Fragen.

An den Gesprächen nahmen teil:

seitens der Deutschen Demokratischen Republik:

Horst Sindermann, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik;

Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands;

Günter Mittag, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands;

Kurt Fichtner, Kandidat des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik;